



| | | |
|--|-----------------|------------------|
| BESCHLUSSVORLAGE | Vorlage Nr.: | 2016/0507 |
| | Verantwortlich: | Dez.3 |
| Daten und Fakten zur EU-Zuwanderung | | |

| Beratungsfolge dieser Vorlage | | | | | |
|-------------------------------|-------------------|-----------|----------|----|----------------------|
| Gremium | Termin | TOP | ö | nö | Ergebnis |
| Sozialausschuss | 22.07.2016 | 5 | | X | vorberaten |
| Gemeinderat | 20.09.2016 | 14 | X | | Kenntnisnahme |
| | | | | | |

Beschlussantrag

Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Sozialausschuss - Kenntnis von dem Bericht „Daten und Fakten zur EU-Zuwanderung“.

| Finanzielle Auswirkungen (bitte ankreuzen) | | X | nein | | ja |
|--|--|---|------|---|--|
| Gesamtkosten der Maßnahme | Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.) | Finanzierung durch städtischen Haushalt | | Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen) | |
| | | | | | |
| | | | | | |
| ISEK-Karlsruhe-2020-relevant | | nein | X | ja | Handlungsfeld: Sozialer Zusammenhalt und Bildung |
| Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO) | X | nein | | ja | durchgeführt am |
| Abstimmung mit städtischen Gesellschaften | X | nein | | ja | abgestimmt mit |

Demografischer und sozialer Wandel, aber auch Migrationsströme sind Beispiele gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen mit zunehmender Dynamik, deren Auswirkungen zuerst und insbesondere auf kommunaler Ebene zu beobachten sind. Die Kommunen stehen daher vor steigenden finanziellen und konzeptionellen Herausforderungen, die neuen sozialen Bedarfslagen abzusichern und die damit erforderliche Infrastruktur vorzuhalten.

So stellt sich anhand der EU-Binnenmigration unter anderem die Frage, welche Folgen Zuzug und Zuwanderung für die Stadt Karlsruhe im Allgemeinen und im Speziellen für die sozialen Sicherungssysteme haben, insbesondere vor dem Hintergrund eines angespannten Wohnungsmarktes.

Anhand der vorliegenden Datenlage wird sichtbar, dass Migration nach Karlsruhe sich verändert hat. Während früher vorrangig Menschen aus der Türkei nach Karlsruhe zuzogen, sind es heute verstärkt Personen aus den EU-Beitrittsländern Polen, Kroatien und vor allem aus Rumänien. Die veränderte Zuwanderung erfordert auch eine entsprechende Beratungslandschaft für diesen Personenkreis. Die derzeit vorhandene Beratungsstruktur wird im vorliegenden Bericht dargestellt. Diese ist wichtig, damit sich die nach Karlsruhe neu Zugewanderten in der Stadtgesellschaft orientieren und sich integrieren können.

Der vorliegende Bericht dient als Grundlage für ein zu einem späteren Zeitpunkt zu erarbeitendes Konzept, welches weitere Zielgruppen wie unbegleitete minderjährige Ausländer (umA) und Nicht-EU-Einwanderer (Flüchtlinge, Asylbewerberinnen/-bewerber) einschließt. Gemäß dem Lebenslagenkonzept soll in dem nachfolgenden erweiterten Bericht anhand der Handlungsfelder „Soziale Partizipation“ (Bildung, Ausbildung, Erwerbsintegration), „Wohnen“ und „Gesundheit“ die derzeitige Situation analysiert werden. Darüber hinaus wird untersucht, welche Angebote vorgehalten werden und welche Bedarfe sich ergeben.

Die kommunale Sozialplanung dient in diesem Kontext als Steuerungsinstrument auf operativer Ebene, indem sie Bestands- und Bedarfsanalysen durchführt und zusammen mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren daraus abgeleitete und abgestimmte Handlungsempfehlungen erarbeitet. Auf politischer Ebene ermöglicht die Sozialplanung strategisches Controlling.

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Sozialausschuss - Kenntnis von dem Bericht „Daten und Fakten zur EU-Zuwanderung“.